

A7 / 2021 / XVI

Datum: 14.06.2021

A N T R A G
der Fraktion Die Linke
an die Verbandsversammlung

Corona-Sonderfond-Soziales in Hessen einrichten
- Antrag der Fraktion Die Linke -

Beratungsfolge	Termin	Entscheidung
Haushalts- und Finanzausschuss	05.07.2021	vorberatend
Ausschuss für Soziales und Jugendhilfe	05.07.2021	vorberatend
Verbandsversammlung	14.07.2021	beschließend

Finanzielle, personelle und organisatorische Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen im laufenden Haushaltsjahr / Wirtschaftsjahr? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja, €				
Stehen Mittel zur Verfügung? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja		Produkt / Sachkonto:		Wird ein Antrag auf überplanmäßige / außerplanmäßige Ausgaben gestellt? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Ist die Begründung der Unabweisbarkeit der Kosten in Sachverhaltsdarstellung enthalten? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja			Finanzielle Auswirkungen in den Folgejahren? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja, €	
Auswirkungen auf den Stellenplan im lfd. Haushalts- / Wirtschaftsjahr? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja			Sonstige personelle / organisatorische Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja	
Auswirkungen auf den Stellenplan in den Folgejahren? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja			Sonstige personelle / organisatorische Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Noch nicht absehbar <input type="checkbox"/> Ja	
Kosten insgesamt €	Belastung LWV €	Beteiligung Dritter €	Ergänzende Darstellung zu den finanziellen Auswirkungen siehe unter Ziffer der Begründung.	
Veranschlagung im Teilergebnishaushalt <input type="checkbox"/>	im Teilfinanzhaushalt -Investitionstätigkeit- <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Nein	€ <input type="checkbox"/> Ja €	Sachkonto

Beschlussvorschlag

Die Verbandsversammlung spricht sich dafür aus:

- 1) die Vielfalt der sozialen Organisationen und Selbsthilfestrukturen - auch über die Coronakrise hinaus – in Hessen vollumfänglich zu erhalten.
- 2) dass kleinere Träger, Selbsthilfegruppen, Inklusionsbetriebe u.ä. finanziell so ausgestattet werden, dass sie auskömmlich arbeiten können und der Mehrbedarf durch Digitalisierungskosten und Hygienerichtlinien gedeckt ist.
- 3) Die Verbandsversammlung fordert die hessische Landesregierung und das Sozialministerium Hessen auf:
Einen Corona-Sonderfond-Soziales über mindestens 30 Million einzurichten.

Begründung

Rund die Hälfte aller sozialen Organisationen in Hessen hatte bereits nach dem ersten Lockdown erhebliche finanzielle Sorgen, durch den zweiten Lockdown hat sich die Situation noch einmal verschärft.

Sowohl große Organisationen wie Lebenshilfe, Kinderschutzbund und Pro Familia als auch Selbsthilfegruppen und kleine sozial engagierte Vereine haben durch die Coronapandemie mit Einnahmeausfällen zu kämpfen.

In der Blitzlichtbefragung "Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Wohlfahrtspflege in Hessen", wird von einem 15 Millionen Defizit für die freie Wohlfahrtspflege in Hessen ausgegangen, und das nur bezogen auf 2020 und die Träger und Organisationen, die an der Umfrage des Paritätischen Wohlfahrtsverband teilgenommen haben. Darüber hinaus zeigt sich, dass viele Hilfsprogramme auf Bundes- und Landesebene nur unzureichend abgerufen werden können. Ca. die Hälfte aller sozialer Organisationen bekommen Mittel aus Coronahilfen des Bundes. Hessische Coronahilfen können teilweise nur von 10-20% der sozialen Organisationen abgerufen werden.

Hilfsprogramme vom Bund und Land haben ein Drittel der Organisationen gar nicht erreicht. 12,2 % der Organisationen gaben an, dass es keinerlei passende Hilfsprogramme für sie gibt. Weitere 12,2 % der Organisationen sind für die finanziellen Hilfs- und Unterstützungsleistungen, die sie gerne beansprucht hätten, nicht antragsberechtigt. Insbesondere die Arbeitsfelder wie Suchthilfe, Selbsthilfe, Soziale Notlagen, Kinder-, Jugend-, Familienhilfe sowie Hilfen für Migration/ Flucht/ Asyl konnten keine Hilfs- und Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen. Gerade ehrenamtlich arbeitende Selbsthilfegruppen sind durch die Coronapandemie in ihrer Existenz besonders gefährdet und bräuchten eine besondere Förderung (z.B. die Übernahme von Digitalisierungskosten).

Rund neun Prozent der Organisationen sind von Insolvenz bedroht.

Viele dieser Leistungen werden regional in den Kommunen angeboten. Weil die Haushalte der Kommunen durch Steuerausfälle ebenfalls sehr angespannt sind, ist die Finanzierung dieser Leistungen gefährdet.

Daher fordert die LIGA Hessen und der paritätische Wohlfahrtsverband für die Zukunft von der Landespolitik passgenaue Förder-/ Hilfsprogramme, die gezielt auf die sozialen Arbeitsfelder zugeschnitten sind und die Öffnung bestehender Förderprogramme für die Organisationen der Sozialwirtschaft, damit die soziale Infrastruktur in den Kommunen erhalten werden kann.

Für die Arbeitsfelder der sozialen Arbeit, bei denen die Refinanzierung nicht über leistungsrechtliche Strukturanpassungen sichergestellt werden kann, muss ein „Sonderfond Soziales“ aufgelegt werden, aus dem Mindereinnahmen und Mehraufwendungen finanziert werden können.

Die hessische Landesregierung muss niedrigschwellige und verwaltungsarme Hilfen bereitstellen, um die bewährte, heterogene soziale Infrastruktur in Hessen finanziell zu sichern, um auch kleine Träger und Selbsthilfegruppen in ihrer Existenz nicht zu gefährden.